



Liebe Leserinnen und Leser,

mit der heute erfolgten Bundestagsabstimmung der Atomgesetz-Novelle hat die Anti-AKW-Bewegung ein historisches Etappenziel erreicht: Die unsägliche Laufzeitverlängerung von Schwarz-Gelb im letzten Jahr wird zurückgenommen, die sieben ältesten Atommeiler plus Krümmel gehen endgültig vom Netz und allen verbliebenen Atomkraftwerken werden feste Enddaten verschrieben. Damit macht die Regierung Merkel nach der Katastrophe von Fukushima einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

Alle Fraktionen des Bundestags haben heute den Willen bekundet, aus der Hochrisikotechnologie Atom auszutreten. Damit wurde ein klares Signal an die Energiekonzerne gesendet, dass der Atomausstieg unumstößlich ist, unabhängig von sich ändernden parlamentarischen Mehrheiten. Eine erneute Richtungsänderung wäre politisch nahezu unmöglich.

Die breite Zustimmung im Bundestag hat auch eine große internationale Bedeutung. Die VertreterInnen der deutschen Atompolitik haben sich in der Vergangenheit immer gerühmt, in Deutschland würden die sichersten Atomkraftwerke betrieben werden. Dass die Katastrophe von Fukushima aber selbst die lautesten BefürworterInnen zu einer Abkehr von der Atomkraft bewegt hat und somit eine große Mehrheit im Bundestag den Ausstieg beschließt, hat eine Signalwirkung ins Ausland.

Die beschlossene Atomwende ist notwendig, aber nicht hinreichend. So verlangt Röttgen – trotz der Erfahrung aus Fukushima – keine Sicherheitsnachrüstungen. Außerdem soll ein altes AKW als sogenannte Kaltreserve noch zwei Jahre verfügbar bleiben. Das ist nicht nur sicherheitstechnisch fatal, sondern auch energiewirtschaftlicher Unsinn. Um potentielle Engpässe auszugleichen, ist ein AKW nicht geeignet. Und in der Endlagerfrage bleibt Röttgen bei der Fortführung des Ausbaus von Gorleben. Dabei hat die grün-rote Landesregierung von Winfried Kretschmann eine Endlagersuche in Baden-Württemberg gerade erst zugelassen. Damit provoziert die Bundesregierung erneute Massenproteste beim nächsten Atommülltransport nach Gorleben.

Darüber hinaus bleibt Schwarz-Gelb die aktive Fortführung der Energiewende schuldig. Denn der Ausstieg aus der Atomkraft ist nur die eine Seite der Medaille. Anstatt den vollständigen Umstieg auf erneuerbar erzeugten Strom anzugehen, strebt die Bundesregierung bis 2020 einen Ökostromanteil von mindestens 35 Prozent an. Dabei erwarten wissenschaftliche Institute, dass wir innerhalb der nächsten zehn Jahre unseren Ökostromanteil auf weit über 40 Prozent erhöhen können.

Energieeffizienz und Energieeinsparung packt die Bundesregierung überhaupt nicht an – auf EU-Ebene blockiert Rösler sogar ambitionierte Ziele bei der Energieeffizienz. Stattdessen setzt Schwarz-Gelb auf den Bau und die Förderung neuer Kohlekraftwerke. Für mich als Mainzerin, die die vergangenen Jahre gegen die Errichtung eines Kohlekraftwerks erfolgreich gekämpft hat, ist diese Entscheidung nicht akzeptabel. Energieerzeugungsstrukturen verbleiben im 20. Jahrhundert. Mit solchen obsoleten Strukturen ist Klimaschutz kaum möglich.

Auf der Sonder-BDK in Berlin haben wir gezeigt, dass wir es uns mit der Frage der Zustimmung zum Energiepaket nicht leicht gemacht haben. Wir haben sieben Stunden eine kontroverse, wenngleich konstruktive Debatte geführt und einmal mehr bewiesen, dass Bündnis 90/Die Grünen die unangefochtene Kompetenz in der Energiepolitik besitzen. Dementsprechend differenziert haben wir heute im Bundestag zu den acht Gesetzen des Energiepakets abgestimmt:

- Die 13. Novelle des Atomgesetzes setzt Enddaten für die verbliebenen Atommeiler. Das haben wir mittragen – auch wenn wir bewiesen haben, dass ein Ausstieg bereits im 2017 möglich wäre. Gleichzeitig halten wir an unserer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht fest, insbesondere auch, weil die Bundesregierung an ihrem umstrittenen Paragraph 7d festhält, der die Sicherheitsstandards in AKWs absenkt. Diesem Gesetz habe ich zugestimmt.
- Die Bundesregierung bremst den Ausbau der Erneuerbaren Energien mit ihrer Novelle zum EEG dramatisch aus. Deshalb haben wir dieses Gesetz abgelehnt.
- Beim Energiewirtschaftsgesetz agiert die Bundesregierung ideenlos. Wichtige Themen wie Flexibilisierung der Kraftwerke und Bürgerbeteiligung beim Netzausbau werden nicht angegangen. Deshalb haben wir hier mit Nein gestimmt.
- Der Ausbau der Netze ist ein entscheidender Faktor für den Erfolg der Energiewende. Hier macht die Bundesregierung positive Ansätze, schließt das Konzept aber nicht ab. Wir haben uns bei diesem Gesetz enthalten.
- Grundsätzlich begrüßen wir das Ziel der Bundesregierung, die energetische Gebäudesanierung voranzutreiben. Das Gesetz zur steuerlichen Förderung ist aber nicht zu Ende gedacht, deshalb auch hier Enthaltung.
- Die Finanzierung der Energiewende aus dem Sondervermögen lehnen wir aus Gründen der Haushaltsklarheit ab.
- Das Gesetz zur klimagerechten Entwicklung in Städten und Gemeinden geht zwar in die richtige Richtung, springt aber insgesamt zu kurz. Daher haben wir das Gesetz abgelehnt.
- Das Gesetz zu schifffahrtsrechtlichen Vorschriften macht positive Ansätze zu Genehmigungen von Offshore-Windkraft-Anlagen und beim Netzausbau. Deshalb haben wir diesem Gesetz zugestimmt.

Am Freitag kommender Woche wird der Bundesrat über das Gesetz beraten. Eine Zustimmungspflicht der Länder besteht allerdings nicht.

Weitere Infos zur Abstimmung des Energiepakets könnt Ihr abrufen: http://www.gruene-bundestag.de/cms/atomausstieg/dok/385/385078.erster_schritt_zum_atomausstieg.html

Herzliche Grüße



Berlin, 30. Juni 2011

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich hierfür auf www.tabea-roessner.de angemeldet haben. Der Empfang dieses Newsletters ist kostenlos. Sie können sich unter <http://www.tabea-roessner.de/newsletter.html> jederzeit vom Newsletter abmelden.

Impressum: Tabea Rößner, MdB
Medienpolitische Sprecherin
Demografiepolitische Sprecherin
Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unter den Linden 50
10117 Berlin
Tel: 030 227 71697
Fax: 030 227 76296
tabea.roessner@bundestag.de

www.tabea-roessner.de

Melden Sie sich hier für unseren Newsletter an:
<http://www.tabea-roessner.de/newsletter.html>